

Informationen gemäß Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Verarbeitungstätigkeit: Baulückenkataster

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Stadtverwaltung Bingen am Rhein Stadtamt 60. Abteilung Stadtplanung Rochusallee 2

55411 Bingen am Rhein

Ansprechperson: Frau Charlotte Laux 06721 184-321 charlotte.laux@bingen.de

Wer ist Datenschutzbeauftragter?

Stadtverwaltung Bingen am Rhein Frau Serina Tonollo Burg Klopp 55411 Bingen am Rhein

Kontaktdaten: 06721 184-623 datenschutz@bingen.de

Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden Daten verarbeitet?

Wir verwenden Ihre Daten zur Aufstellung eines öffentlichen Baulückenkatasters nach § 200 Abs. 3 BauGB. Zweck eines solchen Katasters ist es, Baulücken im Innenbereich zu schließen, um den Außenbereich zu schonen. Zu diesem Zweck werden unbebaute oder geringfügig bebaute Grundstücke innerhalb der Lage eines Bebauungsplangebiets oder im Zusammenhang bebauter Ortsteile im Kataster dargestellt, die einer (weiteren) Wohnbebauung zugeführt werden könnten. Ihre Daten dienen der Bearbeitung der Darstellung Ihres Grundstücks innerhalb des Katasters und der Kontaktaufnahme durch die Stadtverwaltung.

Rechtsgrundlage: Die Rechtsgrundlage für die o.g. Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. e DSGVO i.V.m. § 200 BauGB.

Welche Daten / Datenkategorien sind betroffen?

- Name, Vorname, Anschrift des Grundstückeigentümers
- Angaben zum Grundstück (Gemarkung, Flur)
- Weitere Informationen zur Nutzung des Grundstücks

Wer bekommt Ihre Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht ohne Ihre Zustimmung an Dritte weitergegeben. Sollten Sie einer Veröffentlichung nicht widersprochen haben, werden lediglich die Flurstückdaten sowie die Lage ihres Grundstücks im Stadtgebiet innerhalb des Baulückenkatasters veröffentlicht.

Übermittlung an Drittland

Es findet keine Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation statt.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Vorbehaltlich gesetzlicher Aufbewahrungsfristen, werden Ihre personenbezogenen Daten unverzüglich nach Widerspruch gelöscht.

Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Artikel 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit,
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Artikel 21 Absatz 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Artikel 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.
- Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung
 Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Wo können Sie sich beschweren?

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtwidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz Hintere Bleiche 34 55116 Mainz

Kontaktdaten:

Telefon: 06131-208-2449 Telefax: 06131-208-2497

Website: www.datenschutz.rlp.de E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de